

Neues Gesetz bügelt Fehler aus

Lehrerbildung Am 1. September 2005 startet die Pädagogische Hochschule

Ab 1. September 2005 werden Lehrerinnen und Lehrer an der neuen Pädagogischen Hochschule (PH) in Bern ausgebildet. Die auf rund 1600 Studierende ausgerichtete PH soll viel Autonomie erhalten. Sie ist ähnlich organisiert wie die Fachhochschule. Das Gesetz zur PH ging gestern in die Vernehmlassung.

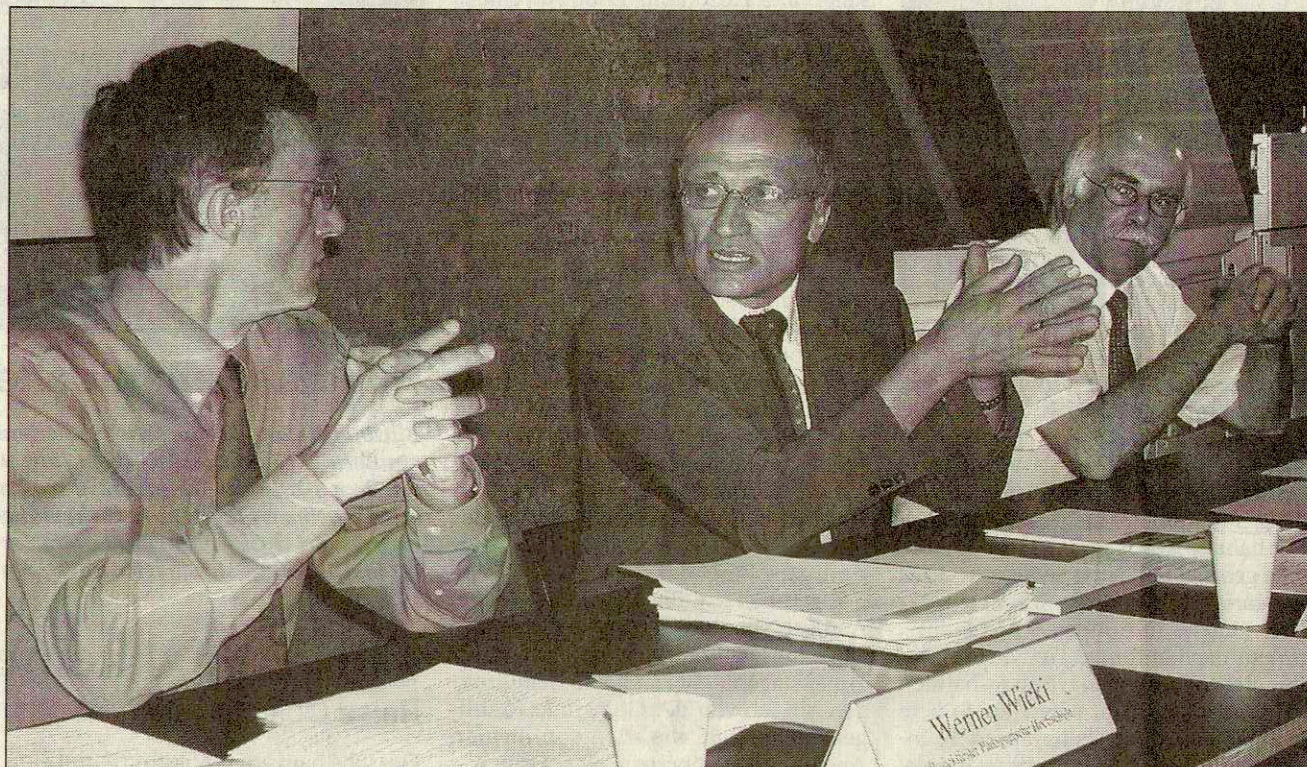
BRUNO UTZ

Es ist soweit, das Gesetz über die deutschsprachige PH geht in die Vernehmlassung, sagte Erziehungsdirektor Mario Annoni gestern vor den Medien. Dass eine Neuorganisation notwendig wird, habe sich schon kurz nach dem Start der heutigen Lehrerinnen- und Lehrerbildung (LLB) ergeben. Die 1995 beschlossene Angliederung der LLB an die Universität habe sich rasch als ungeeignet erwiesen. «Den unklaren Status der LLB hat eine 2001 durchgeführte externe Expertise bestätigt», meinte Annoni. Die bewusst verwaltungsnah organisierte LLB widerspreche auch dem in der Verwaltung eingeführten New Public Management. Und schliesslich fehle es der LLB an einer handlungsfähigen operativen Führung. «Die dafür im geltenden Gesetz enthaltene «konferenzielle Leitungsstruktur» macht eine effiziente operative Führung schwierig», räumte Annoni ein.

Politik stellt Weichen neu

In seiner Replik erinnerte Annoni auch an Vorstösse im Grosse Rat. So habe die Geschäftsprüfungskommission im Frühjahr 2001 Korrekturen im Sinne einer handlungsfähigen Führung verlangt. Die Weichen endgültig neu gestellt habe dann das Kantonsparlament im Januar 2002. Die Grossräte überwiesen die vom Briener Primarlehrer Peter Santschi (FDP) eingereichte Motion, welche die Einrichtung einer Pädagogischen Hochschule verlangte. «Damit wurde das heute vorliegende neue Gesetz notwendig», sagte Annoni. Dieses sei in intensiver Zusammenarbeit mit allen betroffenen Interessengruppen entstanden.

Die PH werde neben der Universität und der Fachhochschule die dritte eigenständige Hochschule im Kanton Bern. Dieser Status verleihe der Schule einen grossen Handlungsspielraum. Anders als die LLB könne die als öffentlich-rechtliche Anstalt ausgestaltete PH im eigenen Namen Verträge



Viel Autonomie Erziehungsdirektor Mario Annoni (Mitte), PH-Projektleiter Werner Wicki (l.) und Walter Herzog, Präsident der Kantonalen Konferenz LLB, sind sich einig, die Pädagogische Fachhochschule soll viel Autonomie erhalten. uz

abschliessen und mit den Finanzen wesentlich autonomer umgehen.

Schlank ist Trumpf

Gemäss Annoni ist nicht nur das neue Gesetz «schlank», sondern auch die Führungsstruktur der PH. Analog zur Fachhochschule sei ein Schulrat als strategische Führung vorgesehen. Dieser soll aus sieben externen Personen aus Wirtschaft, Politik und Kultur sowie dem Rektorat und Vertretern der Dozierenden beziehungsweise der Studierenden bestehen. Der Schulrat wird ebenso vom Regierungsrat gewählt wie der für die operative Führung verantwortliche Rektor. Das Rektorat ernannt hingegen die Mitarbeitenden der PH. Wie Annoni gestern erklärte, würden die heutigen Behörden zuvor sämtliche Dienstverhältnisse mit den Dozierenden auflösen. «Nur so kann die Neuanstellung sauber geregelt werden.» Es werde angestrebt, möglichst alle bisherigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu übernehmen. Um einen reibungslosen Übergang zu ermöglichen, sollen das Rektorat und der Schulrat bereits ein Jahr vor dem Schulbeginn ernannt werden, also bis zum 1. September 2004.

Sechs Institute

An der PH werden die Grundausbildung für Lehrkräfte aller Stufen, vom Kindergarten bis zur Sekundarstufe II

sowie die Schulische Heilpädagogik angeboten. Die Leiter der insgesamt sechs Institute – auch das Medienzentrum Schulwarte und die Zentralstelle Lehrerfortbildung werden als eigenständige Institute in die PH integriert – bilden zusammen mit dem Rektorat die Schulleitung.

Die Fachstudien der Lehrkräfte für die Sekundarstufe I bietet die PH in Zusammenarbeit mit der Universität und der Berner Fachhochschule an. Auch die didaktische Ausbildung der Gymnasiallehrkräfte erfolgt an der PH, die Fachstudien hingegen wie bisher an der Universität und an der Fachhochschule. Wie Werner Wicki, Projektleiter PH, unterstrich, wird somit das Höhere Lehramt, das derzeit mit einem unklaren Status der Universität angegliedert sei, in die PH integriert.

Betont wurde schliesslich, dass der Übergang von der jetzigen LLB zur PH für sämtliche Studierende keine Nachteile bringen werde. Annoni: «Wer am 1. September 2005 studiert, tritt automatisch in die PH über.»

Raum und Kosten

Bereits Anfang April wurde bekannt, dass der Kanton im Rahmen des Projektes «3012» die Lehrerbildung der Sekundarstufe I und II in der mittleren Länggasse (Muesmatt) konzentrieren will. Dasselbe gilt für die Unterstufen, welche im Marzili zusammengefasst

ZUSTÄNDIGKEITEN

Gemäss Werner Wicki, Projektleiter Pädagogische Hochschule (PH), nehmen die Behörden nur beschränkt Einfluss auf die PH. «Der Kanton schafft gute Rahmenbedingungen und ist für das Controlling verantwortlich.» Der Grosse Rat genehmigt interkantonale Verträge und nimmt den Geschäftsbericht der PH zur Kenntnis.

Der Regierungsrat genehmigt das Statut der PH. Er entscheidet über die Errichtung, Zusammenlegung und Aufhebung von Studiengängen und Instituten. Weiter ernannt er die Mitglieder des Schulrates und die Rektorin beziehungsweise den Rektor. Schliesslich regelt er die Zulassung und die Gebühren in einer Verordnung.

Die Erziehungsdirektion schliesst mit der PH einen Leistungsvertrag ab und übt die Aufsicht aus. Sie genehmigt auch die Studien- und Prüfungsreglemente. (uz)

werden sollen. Bauprojekte seien aber kaum notwendig, sagte der Erziehungsdirektor. Bezüglich der Kosten wurde darauf verwiesen, dass im PH-Projekt sämtliche SAR-Beschlüsse berücksichtigt seien. Einen wesentlichen Teil der Einsparungen stammten von der Schliessung der LLB-Standorte Langenthal, Biel und Spiez. Ohne Berücksichtigung des Aufwandes für das Medienzentrum Schulwarte rechnet die PH mit einem jährlichen Gesamtaufwand von 68 Mio. Franken. Bei einem Vollausbau hätte die heutige LLB 76,6 Mio. Franken gekostet. Pro Studierende schätzt man den Aufwand auf rund 26 000 Franken, das sei weniger als heute. Schliesslich sei im Gesetz weiterhin die Subventionierung von Lehrerbildungsinstitutionen mit privater Trägerschaft vorgesehen.

Die Vernehmlassung dauert bis zum 10. Oktober. Damit die PH am 1. September 2005 starten kann, muss das Gesetz im nächsten Jahr vom Grosse Rat verabschiedet werden.

Die Aare wird doch nicht ausgebaggert

Thun Entlastungsstollen soll Hochwasserschäden mindern

Ein Entlastungsstollen und eine Vertiefung der Scherzligenschleuse sollen die Stadt Thun weitgehend vom Hochwasserproblem befreien. Der Kanton Bern und die Stadt Thun sind damit von der Variante einer Aareausbaggerung abgerückt.

Hochwasser, wie sie die Region Thun 1999 heimgesucht hatten, liessen sich nicht verhindern, sagte Bau-, Verkehrs- und Energiedirektorin Barbara Egger-Jenzer gestern vor den Medien in Thun. Doch könnten mit verschiedenen Massnahmen die Schäden reduziert werden. Um dieses Ziel zu erreichen, hätten Kanton, Stadt und weitere Betroffene gemeinsam nun eine optimale Lösung gefunden. Statt der bisher favorisierten Aareausbaggerung soll ein rund 420 Meter langer Entlastungsstollen zwischen dem Schiffahrtskanal und der Äusseren Aare gebaut und die Scherzligenschleuse vertieft werden. Mit dieser Lösung könnten die maximalen Abflussspitzen der Aare bei Hochwasser verringert werden, was sich auch günstig auf die weiter flussabwärts liegenden Gemeinden – beispielsweise Bern – auswirke.

In den vergangenen 134 Jahren habe der Thunerseepegel die Schadensgrenze 40-mal überschritten. Mit der nun vorliegenden Lösung hätte der Pegel die Schadensgrenze gerade noch dreimal überschritten, erklärte Egger. Sollte sich später – beispielsweise aufgrund der Klimaveränderung – eine Ausbaggerung als nötig erweisen, könne diese immer noch eingeleitet werden.

Vor allem Fischer wehrten sich

Gegen die Aareausbaggerung wehrten sich vor allem Fischereikreise. In den betroffenen Gebieten befinden sich Aeschenlaichplätze von nationaler Bedeutung. Dieser Widerstand habe nicht zuletzt die Suche nach einer neuen Lösung beflügelt, räumte Kreisoberingenieur Markus Wyss ein.

Mit grosser Genugtuung nahmen der Bernisch Kantonale Fischerei-Verband und die Fischerei-Pachtvereinigung Thun vom Projektscheid Kenntnis. Damit bestünden gute Aussichten, das bedeutende Aeschenlaichgebiet erhalten zu können, wie es in einer Mitteilung heisst.

Als man allgemein noch von einer Aareausbaggerung ausging, wurden im Januar 2003 im Gebiet Schadau neue Aeschenlaichplätze eingerichtet. Diese Plätze werden beibehalten und weiterhin untersucht, wie die Fische darauf ansprechen.

Zu wenig Speicherkapazität

Er habe erkennen müssen, dass «wir mit dem Thunersee ein Problem haben», sagte der städtische Baudirektor Beat Straubhaar und spielte damit auf die geringe Speicherkapazität des Sees von zwei Prozent an. Im Vergleich zu anderen Seen hat der Thunersee ein grosses Einzugsgebiet, aber nur eine kleine Seefläche. Weil die Abflusskapazität nur bei hohem Pegelstand gross ist, hätte eine frühzeitige Absenkung des Sees das Hochwasser von 1999 nicht verhindern können. Mit dem nun vorgeschlagenen Projekt könne die objektive und die subjektive Sicherheit für die Region erhöht werden. Zudem sei die neue Lösung finanziell tragbar.

Massnahmen 2007 realisiert

Die von Stadt, Kanton und weiteren interessierten Kreisen befürwortete Variante kostet rund 15,8 Mio. Franken. Im Frühjahr 2004 soll das Projekt in die Mitwirkung gehen, die Bauarbeiten werden voraussichtlich 2006 aufgenommen und bis Ende 2007 abgeschlossen sein.

Damit werden die Massnahmen erst acht Jahre nach der Hochwasserkatastrophe von 1999 greifen. Bevor man das Projekt in Angriff nehmen konnte, habe man wissenschaftliche Grundlagen sammeln müssen, erklärte Baudirektorin Barbara Egger. Der jetzige Entscheid sei rasch und effizient erarbeitet worden. (sda)

Lehrerberuf gewinnt wieder an Attraktivität

Ausbildung Anmeldungen für das Studium steigen auf allen Stufen wieder an

Derzeit werden nach Angaben von Walter Herzog, Präsident der Kantonalen Konferenz LLB, insgesamt 991 Personen als Lehrerin beziehungsweise Lehrer ausgebildet. Darin sind die künftigen Gymnasiallehrkräfte, welche die Ausbildung am Höheren Lehramt besuchen, nicht eingerechnet. 642 Personen absolvieren die Grundausbildung. Der überwiegende Teil (317 Studierende) bereitet sich auf die Sekundarstufe I vor, also den Einsatz an einer Real- oder Sekundarschule. Für die 3. bis 6. Klasse der Primarstufe wollen 179 Studierende

das Diplom erwerben. Und für die Stufe Kindergarten sowie die 1. und 2. Klasse studieren 146 Personen. Weitere 168 Personen lassen sich über eine Zusatzausbildung zum bereits erworbenen Kindergartendiplom als Lehrberechtigte für die Unterstufe Primarschule/Kindergarten ausbilden. Die Zusatzausbildung Schulische Heilpädagogik in Biel absolvieren derzeit 87 Personen.

Herzog verwies gestern auf das gestiegene Interesse am Lehrerberuf. Bis zum Stichtag 1. Juni hätten sich 553 Personen für das drei- beziehungsweise vierjährige Studium angemeldet, das sei rund ein Drittel mehr als im Vorjahr. Das Interesse erstreckte sich erfreulicherweise auf alle Stufen der Lehrerinnen- und Lehrerbildung (LLB). «Das LLB folgt aus den vorliegenden Zahlen, dass das Studium zum Lehrerberuf heute ein attraktives, konkurrenzfähiges Angebot darstellt», betonte Herzog. Er verwies jedoch auch auf die aktuelle Wirtschaftslage sowie auf die Platzprobleme an der Universität, welche ebenfalls zur Steigerung beigetragen hätten. (uz)

Inselspitals. Seine Chefarzt-Tätigkeit wird er zu 20 Prozent weiter ausüben, wie es in einer Medienmitteilung des Mediendienstes des Inselspitals heisst. Mit der Wahl Toblers sei ein erster Schritt hin zur neuen Spitalleitungsstruktur getan. Als nächster Schritt werde nun dieselbe Kommission die Funktion des Direktors Lehre und Forschung übertragen. (sda)

Professor Andreas Tobler wird Ärztlicher Direktor

Inselspital Verwaltungsrat macht erste Schritte in der Evaluation der neuen Spitalstruktur

Der Verwaltungsrat des Berner Inselspitals hat gestern Dienstag den 51-jährigen Andreas Tobler zum Ärztlichen Direktor und Mitglied der Spitalleitung gewählt. Tobler tritt sein Amt am 1. November an. Die Funktion des Ärztlichen Direktors wurde vollständig neu konzipiert und löst die bisherige Stelle des Direktors Medizinische Dienstleistungen ab. Das Pflichtenheft umfasst

unter anderem Führungsaufgaben zugunsten des Gesamtunternehmens, Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung der medizinischen Dienstleistungen sowie das ärztliche Qualifikationssystem.

Der in Bern wohnhafte Tobler ist seit 1997 ordentlicher Professor für Innere Medizin und ist derzeit Co-Chefarzt am Hämatologischen Zentrallabor des

Inselspitals. Seine Chefarzt-Tätigkeit wird er zu 20 Prozent weiter ausüben, wie es in einer Medienmitteilung des Mediendienstes des Inselspitals heisst. Mit der Wahl Toblers sei ein erster Schritt hin zur neuen Spitalleitungsstruktur getan. Als nächster Schritt werde nun dieselbe Kommission die Funktion des Direktors Lehre und Forschung übertragen. (sda)

Nase operiert

Bhend Regierungsrat liess ein Basaliom entfernen

Regierungsrat Samuel Bhend musste sich am Montag eine gutartige Hautgeschwulst (Basaliom) an der Nase entfernen lassen, wie das Amt für Information gestern mitteilte. Die Operation war geplant und wurde ambulant durchgeführt. Bhend wird voraussichtlich in den nächsten zwei Wochen mit einem reduzierten Pensum arbeiten. (sda)